

Taunus-Zeitung.

Kreis-Zeitung für den Kreis Königstein im Taunus.

Kelheimer- und
Hornauer Anzeiger

Nassauische Schweiz • Anzeiger für Ehlhalten,
Eppenheim, Glashütten, Ruppertshain, Schloßborn

Falkensteiner Anzeiger
Fischbacher Anzeiger

Erscheint am Montag, Mittwoch, Freitag und Samstag. Bezugspreis vierteljährlich 2.70 M., monatlich 90 Pfennig. Anzeigen: Die 41 mm breite Zeile 25 Pfennig für einmalige und answärtige Anzeigen, 20 Pfennig für hiesige Anzeigen; die 86 mm breite Werbeanzeige im Textteil 60 Pfennig; tabellarischer Satz wird doppelt berechnet. Adressennachweis und Anzeigengebühr 20 Pfennig. Ganze, halbe, dritte und vierte Seiten, durchlaufend, nach besonderer Berechnung. Bei Wiederholungen und andauernden Anzeigen in

Montag

1

Dezember

kurzen Zwischenräumen entsprechender Nachsch. Jede Nachschickung muß an demselben Tag bei der Redaktion der Anzeigengebühren. — Einlage Beilagen: Laufend 11.00 Mark. Anzeigenannahme: Größere Anzeigen müssen am Tage vorher, kleinere bis aller- spätestens 1/2 9 Uhr vormittags an den Erscheinungstagen in der Geschäftsstelle eingetroffen sein. — Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen oder an bestimmter Stelle wird tunlichst berücksichtigt, eine Gewähr hierfür aber nicht übernommen.

Nr. 187 • 1919

Verantwortliche Schriftleitung, Druck und Verlag:
Ph. Kleinbühl, Königstein im Taunus.
Postfachkonto: Frankfurt (Main) 9927.

Geschäftsstelle:
Königstein im Taunus, Hauptstraße 41.
Fernsprecher 44.

43. Jahrgang

Die Auslieferung der Befangenen.

Eine neue Note der Entente.

Der deutschen Regierung ist wiederum eine Note Clemenceaus zugestellt worden, in welcher dieser bezweifelt, daß die Unterzeichnung des Ratifikationsprotokolls des Friedensvertrages (zu deren Vornahme sich die alliierten und assoziierten Regierungen für den 1. Dezember vorbereiteten) an diesem Tage stattfinden und zwar infolge der Haltung der deutschen Regierung, die sich schon seit dem 1. November im Besitz der Note der Verbündeten und des Protokolls befindet. Die Unterzeichnung des Ratifikationsprotokolls sei insbesondere für den Zeitpunkt der Rückkehr der Kriegsgefangenen nach Deutschland maßgebend. Clemenceau legt Wert darauf, die Behauptung der deutschen Regierung zurückzuweisen, daß die französische Regierung ein Versprechen gegeben und nicht gehalten hätte. Die Wahrheit sei ganz anders: Am 28. August habe der Oberste Rat den Entwurf einer Erklärung über die Kriegsgefangenen gutgeheißen, wonach der Zeitpunkt der Ratifikation des Friedensvertrages, soweit die Heimkehr der Kriegsgefangenen in Betracht kommt, vordatiert werden und die Heimkehr sofort beginnen sollte. Dieser Beschluß sei sofort ausgeführt worden und die Heimkehr der Kriegsgefangenen begann. Demgemäß wurden die von der britischen, der amerikanischen und der belgischen Armee gemachten Gefangenen in voller Uebereinstimmung mit der französischen Regierung nach Deutschland zurückgeführt. Aber die Entscheidung besage weiter, daß die Fortsetzung dieser wohlwollenden Politik davon abhängen solle, daß die deutsche Regierung und das deutsche Volk alle ihnen obliegenden Verpflichtungen erfüllten. Die Mitteilung der alliierten und assoziierten Regierungen zeige einmal, mit welcher Geduld die Alliierten darauf warteten, daß Deutschland seine Verpflichtungen erfüllt, und stelle ferner fest, daß die Verpflichtungen von ihm in einer gewissen Anzahl sehr wichtiger Punkte gröblich verletzt wurden.

Hierzu wird von maßgebender Seite in Berlin bemerkt: Das vorliegende Schreiben hat sich mit der Antwort auf die Kriegsgefangenen-Note gekreuzt. Es zeigt, daß der französischen Regierung im schroffen Gegensatz zu den Behauptungen in der Kriegsgefangenen-Note der Entente nur doch eingefallen ist, daß sie am 28. August Versprechungen über die Heimkehr der Kriegsgefangenen vor der Ratifikation gemacht hat. Wenn sie nun die Zurückziehung dieses Versprechens, was sie niemals stillschweigend vornehmen, sondern wenigstens der deutschen Regierung mitteilen mußte, mit der Nichteinhaltung der deutschen Verpflichtungen erklären will, da fragt es sich, um welche Nichteinhaltungsbedingungen es sich handeln kann. Dabei muß alles ausgeschieden, was vor dem 18. September liegt, denn an diesem Tage wurde den deutschen Vertretern in Paris noch mitgeteilt, die Kriegsgefangenen-Frage sei erledigt und die Transporte nach Deutschland würden von jetzt ab ununterbrochen laufen. Damit fällt vor allem die angebliche Schuld in der Scapa-Flow-Sache fort, ebenso wie die baltische Frage ausgeschieden muß, da der Bericht der unter der Führung des Generals Nessel stehenden Kommission noch nicht vorliegt. Es bleiben also die spärlichen, bei dem beispiellosen Umfang der laut Waffenstillstand zu erfüllenden Leistungen kaum ins Gewicht fallenden Rückstände, die wahrlich nicht als Vorwand für den Widerruf einer von Frankreich gegen erhebliche deutsche Leistungen vertraglich übernommenen Verpflichtung dienen können. Nun wird in der neuen Note die Freilassung der Gefangenen innerhalb acht Tagen in Aussicht gestellt, wenn Deutschland ohne neue Anwendungen unterzeichnet. Die Kriegsgefangenen sollen also nochmals verkauft werden, und zwar für die Auslieferung der Bagger, Docks und Krane, ohne die es ein deutsches Wirtschaftsleben überhaupt nicht geben kann. Aber mehr noch, um sie zurückzubekommen, soll die Bestimmung anerkannt werden, durch die die Entente das Recht hat, auch fernerhin alle militärischen und

anderen Maßnahmen zu ergreifen, die sie für angezeigt erachtet. Wer bietet die Garantie dafür, daß auch nach Friedensschluß gerade wie heute unter diesen Zwangsmahnahmen nicht auch die Einstellung der Kriegsgefangenen-Transporte zu verstehen sein wird? Damit hätte die deutsche Regierung den letzten wertvollen Teil des Volkswermögens verschleudert und durch ihre Zustimmung den Kriegszustand in den Frieden hinein verlängert und dennoch das Los der Kriegsgefangenen nicht gemildert.

mz Bern, 30. Nov. Laut „Schweizerischer Depesch-Agentur“ hat der Schweizer Bundesrat an die Regierungen der am Krieg beteiligt gewesenen Staaten einen Aufruf zugunsten aller noch nicht entlassenen Kriegsgefangenen gerichtet.

Um den Frieden.

mz Amsterdam, 28. Nov. Laut „Telegraaf“ erwiderte Lloyd George im englischen Unterhaus auf die Frage, welche Folgen die Hinauszögerung der Ratifikation des Friedensvertrages durch den amerikanischen Senat auf die Volksabstimmung und die im Friedensvertrag vorgesehenen Ausschüsse haben werde, der Oberste Rat habe beschlossen, der deutschen Delegation mitzuteilen, daß alle Kommissionen, die von den alliierten und assoziierten Mächten zusammengestellt werden sollen, unverzüglich ernannt und ihre Arbeiten sofort beginnen werden. — In Erwiderung einer Anfrage erklärte Lloyd George, die englische Regierung sei sich der außerordentlichen schwierigen Wirtschaftslage in Mitteleuropa wohl bewußt. Sie wende im Verein mit dem Obersten Rat in Paris alle Mittel an, die möglich sind, um die Lage zu erleichtern. Man sei zu dem Schluß gekommen, daß nur eine umfassende Maßnahme für einen internationalen großen Kredit der Lage hinreichend gerecht werden könne. Zum Erfolg deutscher Vorschläge sei es unerlässlich, daß die Vereinigten Staaten einen Teil der Summe beisteuern, der in Dollar übernommen werden muß. Infolgedessen seien neue dringende Vorstellungen in diesem Sinne bei der Regierung der Vereinigten Staaten erhoben worden.

Deutschland gibt nach.

mz Kowno, 26. Nov. Havas. Die deutsche Regierung hat alle lettischen Forderungen angenommen. Das gesamte Kriegs- und Eisenbahnmateriale der deutsch-russischen Truppen ist an die Letten abgegeben worden. Die Räumung der besetzten Gebiete wird unter der Kontrolle Lettlands in einer noch nicht bestimmten Frist durchgeführt. Lettland verpflichtet sich seinerseits, seine Offensive einzustellen und seine Streitkräfte hinter der Demarkationslinie zu halten, sowie der deutsch-russischen Armee durch die lettischen Eisenbahnen den Rücktransport nach Deutschland zu garantieren. Die interalliierte Kommission für das Baltikum wird die Einhaltung der Bedingungen überwachen.

Der Untersuchungsausschuß.

mz Berlin, 28. Nov. Aus dem Untersuchungsausschuß der Nationalversammlung wird mitgeteilt: Es werden Gerüchte verbreitet, als ob der parlamentarische Untersuchungsausschuß seine Arbeit einstellen und langsam in der Versenkung verschwinden wolle. Das Gegenteil trifft zu. Der Ausschuß arbeitet daran, seine Methodik zu verbessern. Unrichtig ist es auch, daß beschlossen worden sei, daß der zweite Untersuchungsausschuß vor Weihnachten keine Sitzungen mehr abhalten werde. Ueber den Zeitpunkt der weiteren Vernehmung Hindenburgs und Ludendorffs konnte mit Rücksicht auf die Geschäftslage der Nationalversammlung ein Beschluß nicht gefaßt werden. Die Arbeit des ersten Ausschusses, der die Vorgeschichte des Krieges untersuchen

will, ist soweit gediehen, daß mit der öffentlichen Vernehmung der Auskunftspersonen voraussichtlich zu Beginn des neuen Jahres angefangen werden kann.

Hindenburg und Ludendorff

legen Wert darauf, bekannt zu geben, daß beide deswegen nicht in Uniform erschienen sind, weil im Untersuchungsausschuß Persönlichkeiten sitzen, vor denen sie auch als Zeugen nicht in Uniform und mit den im Kriege erworbenen Orden und Ehrenzeichen erscheinen wollen.

Politische Rundschau.

Die Vereinheitlichung der Staatsbahnen.

Frankfurt a. M., 26. Nov. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Berlin: Die einzelstaatlichen Regierungen, einschließlich Preußens und Sachsens haben sich infolge der kürzlich abgehaltenen Vorbesprechungen damit einverstanden erklärt, daß die Staatsbahnverwaltung nicht erst am 1. April 1921, wie in der Verfassung vorgesehen, sondern schon am 1. April 1920 auf das Reich übergehen.

Neue Forderungen der Eisenbahner.

mz Berlin, 27. Nov. Eine Abordnung des deutschen Eisenbahnerverbandes und der Gewerkschaften deutscher Eisenbahner überreichte heute dem preussischen Eisenbahnministerium und dem Finanzministerium eine Denkschrift, in der bis zur Durchführung der kommenden Besoldungsreform eine Erhöhung der laufenden Teuerungsulagen gefordert wurde.

Die neueste deutsche Großstadt.

M. Gladbach, 27. Nov. Der gemeinsame Ausschuß genehmigte einstimmig die Vereinigung der vier Städte M. Gladbach, Rhendt, Odenkirchen und Rheindahlen, sowie von vier Landgemeinden zu einer Großstadt, die den Namen Gladbach-Rhendt erhalten soll.

Eine Ueberwachungskommission in Stuttgart.

Der „Presse de Paris“ zufolge ist eine Ueberwachungskommission, bestehend aus 37 französischen Offizieren und 62 Beamten und Bediensteten, bestimmt worden, die sich 14 Tage nach der Bestätigung des Friedensvertrages nach Stuttgart begeben soll und dort in Gasthöfen untergebracht wird.

England und Irland.

mz London, 27. Nov. Die Regierung erließ am Mittwoch in Dublin eine Proklamation, die die Sinnfeiner-Organisationen, sowie alle anderen nationalistischen und ähnlichen Organisationen auflöst.

Zur Kartoffelfrage.

mz Es wird das Gerücht verbreitet unter der Bevölkerung, nach dem die französische Armee durch ihren übertriebenen Verbrauch an Kartoffeln die Ursache sei, daß es an diesem Nahrungsmittel mangle. — Es genügt, die folgenden Ziffern zu vergleichen, die durch die deutschen Lebensmittelämter mitgeteilt sind, um sich zu überzeugen, daß weit entfernt, die rheinischen Gebiete auszuhungern, die französische Behörde auf Kosten ihrer eigenen Bedürfnisse, die infolge der Verwüstung ihrer Nord- und Ostprovinzen sehr groß sind, der deutschen Zivilbehörde zu Hilfe gekommen ist. Während der Zeit von Monat April bis November 1919 hat die französische Intendantur der deutschen Zivilbevölkerung geliefert: 76 000 Doppelzentner Kartoffeln, 38 023 Doppelzentner Sped oder sonstige eingesalzene Fleischwaren, 15 000 Doppelzentner Mehl, 3780 Doppelzentner Reis, 5463 Doppelzentner Bohnen und Erbsen, 336 Doppelzentner Linsen, 23 408 Dosen kondensierte Milch. Dafür verlangt sie nur von dem besetzten Gebiet für die Besatzungstruppen für das Jahr 1919 bis 1920: 50 000 Doppelzentner Kartoffeln, was kaum der hundertste Teil der geernteten Menge in dem von der französischen Rheinarmee besetzten Gebiete ist. Diese Menge von 50 000 Doppelzentnern entspricht einer weit geringeren Ration als

Lehter Zeichnungstag: 3. Dezember 1 Uhr mittags

Deutsche Spar-Prämienanleihe 1919

der während derselben Zeit an jeden deutschen Bürger aus- gegeben. Wenn es also in verschiedenen Kreisen in dem von der französischen Rheinarmee besetzten Gebiet an Kar- toffeln mangelt, so ist dies nicht die Schuld der französischen Besatzungsarmee, denn diese hat den verschiedenen deutschen Lebensmittelämtern schon viel mehr Kartoffeln geliefert, als sie von ihnen bis zur Ernte 1920 erhalten wird. Außer der Miskernte ist die hauptsächlichste Ursache des Kartoffel- mangels folgende: Die Bezirke von Mainz, Wiesbaden, Kreuznach, Trier und der Saar, welche nach der Verordnung der Reichskartoffelstelle, sowohl aus dem von der amerikani- schen, englischen und belgischen, als auch aus dem neutralen Gebiet und dem unbesetzten Deutschland 649 721 Doppel- zentner Kartoffeln ausführen sollen, führen dafür aus ande- ren Bezirken (sowohl links als rechts Rheinufer) nur 301 750 Doppelzentner ein, nach dem Berliner Verteilungs- plan.

Lokalnachrichten.

* **Königstein, 1. Dez.** Die gestrige Mitgliederversamm- lung des hiesigen Lokalgewervereins hatte im Gegenjah zu früheren einen erheblich besseren Besuch auf- zuweisen, bei der Wichtigkeit des zur Beratung stehenden Gegenstandes hätte er aber noch zahlreicher sein müssen, wie auch der Vorsitzende, Herr Hoppenglermeister Ohlen- schläger, bei der Begrüßung der Erschienenen betonte. Herr Schlossermeister Jean Schwager wies alsdann in kurzer An- sprache auf die Notwendigkeit des Zusammenschlusses der Handwerker und Gewerbetreibenden hin. Versprechungen seien denselben bis jetzt sowohl von Behörden wie Parteien schon genügend gemacht worden, von diesen Versprechungen nach den bisherigen Erfahrungen aber keine Besserung der Lage zu erwarten. Deshalb heißt es: Hilf Dir selbst! Hülfe Dir selbst durch Zusammenschluß in Organisationen, Liefe- rungsverbände, Preisprüfungsstellen usw. Mit Recht wies Redner auf das von den Arbeitern gegebene Beispiel und die ungeheuren Erfolge hin, welche dieselben allein nur durch ihren Zusammenschluß in Organisationen erzielt haben, der es ihnen heute möglich mache, nicht nur den Arbeitgebern sondern auch dem Staate selbst ihre Forderungen aufzu- zwingen. Aufhören müsse endlich die beschränkte Auffassung bei den Arbeitgebern, in jedem Berufsgenossen nur den Kon- kurrent zu sehen, vielmehr müßten sich in jedem Berufe alle Berufsgenossen zur Besserung ihrer Lage, gemeinschaftlichem Bezug der Rohstoffe, zur Erzielung und Wahrung von Preis- bestimmung, zur Festsetzung von Arbeitslohn und Arbeits- bedingungen zusammenschließen, der Einzelne vermag nichts, die geschlossene Organisation alles! In einzelnen Berufen habe man sich ja schon zu örtlichen Gruppen zusammen- geschlossen, es sei aber notwendig, daß nicht nur einzelne sondern alle Berufe dies befolgen. Die sich an die Ausfüh- rungen des Redners anschließende Aussprache bewies, daß

man von dieser Notwendigkeit allgemein überzeugt ist; über- wiegend gab man in der Versammlung den freien Vereinig- ungen vor den Zwangsvereinigungen den Vorzug, auch war man darin einig, daß mit nur örtlichen Vereinigungen nichts, großes erzielt werden kann, dieselben müssen sich mindestens über den ganzen Kreis erstrecken. Zu diesem Zwecke wurde beschlossen, daß für eine weiter ausläufernde große Versamm- lung der Vorstand nicht nur einen geeigneten Redner ge- winnen, sondern hierzu alle Handwerker und Gewerbe- treibende des ganzen Kreises Königstein einladen solle. In dieser hofft man das erstrebte Ziel, den notwendigen Zu- sammenschluß aller Handwerker und Ge- werbetreibenden in großen Berufsorgani- sationen zu erreichen. Jetzt schon diesem Ziele vor- zuarbeiten bei den ihnen persönlich bekannten Berufsgenossen in allen Orten des ganzen Kreises wurde aber noch jedem Teilnehmer der gestrigen Versammlung wie besonders allen Mitgliedern der Gewerbevereine aller Kreisorte zur unababweisbaren Pflicht gemacht.

* **Königstein, 29. Nov.** Im Dienste der Nächstenliebe ist Schwester M. Grata vom Kathol. Krankenhause in Königstein nach einjährigem Krankenlager im blühenden Alter von 29 Jahren entschlafen. Im Verein mit ihren Mitbewohnern pflegte sie während des ganzen Krieges in aufopferungsvoller Weise verwundete und franke Kriegs- teilnehmer und den Reim zu ihrem frühen Tode hat sie sich hierbei zugezogen. Die Kriegesameraden werden ihr über das Grab hinaus ein treues Gedenken bewahren und ihr Name verdient einen Platz auf der Ehrentafel der gefallenen Selben. R. i. p.

* Nach zweijähriger Abwesenheit in englischer Gefangen- schaft ist Karl Hornbuss, Sohn des Postkassiers Hornbuss, wieder hier eingetroffen.

* Aus dem abseits stehenden Dekonomiegebäude der Seidenauer'schen Mühle wurden in der Donnerstag Nacht 40 Hühner und 10 Enten gestohlen. Die Täter schlach- teten die Tiere an Ort und Stelle ab und dürsten ihre Beute in der benachbarten Großstadt abgesetzt haben.

* Die Versorgungsstelle Höchst a. M. hält künftig alle 14 Tage für die Kriegsbeschädigten usw. aus dem Kreise Königstein eine Beratungs- und Meldestunde im Rathaus (Saal) in Königstein i. L. ab. Beginn am 5. De- zember jedesmal vormittags von 10 bis 12 Uhr. Zweite Beratungsstunde findet am 19. Dezember statt usw.

* **Viehzahlung.** Am 1. Dezember d. J. findet die Vieh- zahlung statt. Sie erstreckt sich auf Pferde, Rindvieh, Schafe, Schweine, Ziegen, Kaninchen und Ferkelvieh (Gänse, Enten, Hühner, Truthühner und Perlhühner).

* Die Wagenstandgelde bei der Eisenbahn sind ab heute wie folgt geändert: für die ersten 24 Stunden 10 M., für die zweiten 24 Stunden 50 M., jede weitere 24 Stunden 100 M. Die am 1. Dezember bereits laufenden Standgelde werden nach den bisherigen Sätzen berechnet.

* **Neuer Aufschlag der Zeitungsbezugspreise.** Die fort- gesetzte Erhöhung aller Herstellungskosten für Tages- zeitungen hat die Zeitungsverleger von Hessen und Hessen- Nassau gezwungen, abermals eine Erhöhung ihrer Bezugs- preise eintreten zu lassen. Die Frankfurter Zeitungen kosten hiernach ab 1. Dezember monatlich: Frankfurter Nach- richt 2.50, Frankfurter Volkszeitung 2.50, Mittagsblatt 1.90, Volksstimme 2.10, Generalanzeiger (Morgen- und Mittagsblatt) 2.50, das Höchster Kreisblatt 1.60. Auch unser Blatt kann sich einem neuen Aufschlag nicht entziehen, den wir aber bis 1. Januar n. J. zurückhalten wollen.

* **Gütersperr.** Die Eisenbahndirektion Frankfurt a. M. teilt amtlich mit: In der Woche vom 1.—6. Dezember wer- den als Frachtsüdgut nur folgende Güter an- genommen: Arzneimittel und Apothekenbedarf, Bekleidungs- gegenstände, Beleuchtungsstoffe, Betriebsstoffe für Motore, Brennstoffe, Dünge- und Futtermittel, Heizöl, Hopfen, Le- bensmittel einschließlich Genussmittel, lebende Tiere, Saat- gut, Umzugsgut, Wagendecken, Zeitungsdruckpapier und Verpackungsmaterial für alle diese Güter.

* **Der Bußtag bleibt.** In der preußischen Landesver- sammlung wurde ein Antrag der Unabhängigen Sozial- demokraten, den Bußtag abzuschaffen und den 9. November zum Feiertag zu erklären, abgelehnt.

* **Etwas von der — Pressefreiheit.** Die Wirtschafts- stelle für das deutsche Zeitungsgewerbe weist erneut darauf hin, daß die Bestimmung des § 4 der Bekanntmachung über Druckpapier vom 25. September 1917 (R.-G.-Bl. S. 861), nach der die Beifügung von Fahrplänen, Kurs- büchern und Kalendern jeder Art zu Zeitungen und Zeitschriften verboten ist, nach wie vor besteht. Einer Beifügung ist der Abdruck in einer Zeitung oder Zeitschrift gleichzuachten. — Unsere Leser sehen hieraus, daß wir auch in diesem Jahre nicht im Stande sind, den früher gewohnten Wandkalender wie auch die ebenso willkommenen Fahrpläne unserer Zeitung beizufügen.

* **Reckheim, 1. Dez.** Am 4. Dezember begeht die bei dem Fernsprechamt in Frankfurt a. M. tätige Telegra- phenbeamtin Fräulein Elisabeth Frölich ihr 25- jähriges Dienstjubiläum.

* **Schönberg, 29. Nov.** Bei der gestrigen Bürgermeister- wahl in Schönberg wurde an Stelle des zurückgetretenen Herrn Bürgermeisters Kopp der frühere Gemeinderat Wolf zum Bürgermeister gewählt.

Von nah und fern.

Sulzbach, 29. Nov. Gestern Abend ist unser allverehrter Bürgermeister, Herr Jakob Gg. Wappes, im Alter von 75 Jahren verstorben. Seit 45 Jahren stand er an der Spitze unserer Gemeindevverwaltung, die in ihm einen eifrigen und erfolgreichen Förderer ihrer Interessen hatte.

Die Führer des Deutschen Reiches zur Deutschen Spar-Prämienanleihe!

Ebert, Reichspräsident

Über den Parteiprogrammen steht für jeden Deutschen die Pflicht, mitzuar- beiten am Wiederaufbau des Reiches. Zuerst müssen unsere Finanzen gekräf- tigt werden; denn nur durch sie kann das Reich wieder aufblühen. Ein Mittel zur Kräftigung der Finanzen ist die Spar-Prämienanleihe. Wer sie zeichnet, tut seine Pflicht und arbeitet mit am Wiederaufbau.

gez. Ebert

Bauer, Reichsfinanzminister

Der Zins, vom Reiche aufgespart, Wird Dir und Deinen Kindern nützen!

gez. Bauer

Schiffer, Vizekanzler u. Reichsminister der Justiz. Geordnete Finanzen sind eine unent- behrliche Grundlage für Recht und Gesetz. Wer das Reich finanziell stärkt, indem er ihm Geld leiht, stärkt Recht und Gesetz.

gez. Schiffer

Erzberger, Reichsminister der Finanzen

Die erste Friedensanleihe ist ein kühneres Wagnis als alle Kriegs- anleihen. Trotzdem wird das Deutsche Volk die Friedensanleihe zeichnen.

gez. Erzberger

Dr. Bell, Reichsverkehrsminister

Geldstücke sind die besten Eisenbahnräder!

gez. Dr. Bell

Dr. David, Reichsminister v. B.

Wer ausländische Luxuswaren kauft, drückt unsere Valuta noch tiefer hinab und verteuert die Einfuhr notwendiger Rohstoffe und Nahrungsmittel noch mehr. Wer dagegen entbehrliches Geld in Spar-Prämienanleihe anlegt, hebt unsere Valuta und fördert den Ge- nesungsprozeß der deutschen Volks- wirtschaft. Wer sein Land liebt, handle danach.

gez. David

Dr. Geßler, Reichsminister für Wiederaufbau

Tragt goldene Balken herbei zum Wiederaufbau! Gebt dem Reiche Geld!

gez. Dr. Geßler

Giesberts, Reichspostminister

Wer spart in der Zeit, der hat in der Not!

gez. Giesberts

Koch, Reichsminister des Innern

Wirtschaft ohne Geld ist Pflug ohne Pferd

gez. Koch

Dr. Mayer, Reichsschatzminister

Was das Blut für den Körper, ist das Geld für den Staat.

gez. Dr. Mayer

Müller, Reichsminister des Auswärtigen

Wer die Friedensanleihe zeichnet, hilft einen wirklichen, dauernden Frieden sichern.

gez. Müller

Noske, Reichswehrminister

Wer dem Reiche kein Geld gönnt, schlägt dem Soldaten die Waffe aus der Hand!

gez. Noske

Schlicke, Reichsarbeitsminister

Geld schafft Arbeit, Arbeit schafft Brot.

gez. Schlicke

Höchst a. M., 26. Nov. Reich bedacht wurde der heilige Bund für Volksbildung. Die Witwe des Generaldirektors Meißner schenkte für ein Volksbildungshaus ein Grundstück, die Stadt leistete 5000 M. und eine andere Spende lautete auf 25 000 M.

w Höchst a. M., 27. Nov. Heute Nachmittag 4 Uhr traten die neugewählten Stadtverordneten zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Von den 42 Neugewählten waren 40 erschienen. Auch der Administrator des Kreises und sein Adjutant wohnten der Sitzung bei. Herr Beigeordneter Schwinn eröffnete die Sitzung mit entsprechender Begrüßung und verpflichtete darauf die einzelnen Mitglieder durch Handschlag. Darauf übernahm der Alterspräsident Professor Bröhl den Vorsitz und leitete die Bürowahl. Nahezu einstimmig (ein Mitglied gab bei allen Wahlgängen einen weißen Zettel ab) wurden gewählt: zum Stadtverordneten-Vorsitzer Herr Anton Walter (Mehrheitssozialist), zu dessen Stellvertreter Herr Wilhelm Weise (U. S. P.), zum Schriftführer Herr Dr. Hermann Landers (Zentrum). Darauf wurden noch einige dringliche Anträge beraten. 1. Den städtischen Arbeitern wird eine Beschäftigungsbeihilfe in Höhe der den staatlichen Arbeitern gewährten Sätze als Vorschuß zur sofortigen Auszahlung bewilligt. Die eigentlichen Sätze gleich den Beamten soll die nächste Sitzung festsetzen. 2. Die Wahlvorschlagskommission wird von 7 auf 8 Mitglieder erhöht. 3. Die Wahl von 6 Stadträten und 2 unbesoldeten Beigeordneten soll in nächster Sitzung nach dem Modus der Verhältniswahl erfolgen. 4. Zu dem großen Siedlungsprojekt wird dem Magistratsantrag, weiterzubauen und die vorhandenen Mittel zunächst aufzubringen, zugestimmt. Die Mitglieder des Zentrums stellten Vertagungsantrag zu dieser Sache.

Frankfurt a. M., 28. Nov. (W. B.) Der frühere Leiter des Marine-Sicherheitsdienstes, Wilh. Grönke, ist heute früh auf Anordnung der Staatsanwaltschaft wegen Mordes in seiner Wohnung verhaftet worden. Grönke hat in der Plünderungsnacht vom 31. März auf den 1. April 1919 im Holzgraben einen Plünderer mit dem Gewehr niedergeschlagen und diesen dann durch einen Schuß in den Rücken getötet. Der Mord ist erst gestern bekannt geworden und durch mehrere Zeugen der Staatsanwaltschaft einwandfrei bestätigt worden. Die Zeugen hatten es bisher aus Angst vor Grönke und seinem Anhang nicht gewagt, etwas über den Mord zur Anzeige zu bringen.

Letzte Nachrichten.

Madensen auf der Heimreise.

Wien, 30. Nov. Auf der Heimreise nach Deutschland traf heute nachmittag Generalfeldmarschall v. Madensen auf dem hiesigen Ostbahnhof ein. Er wurde von Vertretern der Regierung und dem deutschen Botschafter und Abordnungen deutscher Vereine empfangen und von einem zahlreichen Publikum lebhaft begrüßt. Nach etwa 1 1/2 stündigem Aufenthalt, während dessen das Publikum patriotische Lieder sang und die Madensen begleitenden Mannschaften mit Liebesgaben beschenkt wurden, setzte der Feldmarschall seine Reise fort.

Wurstgarn

für Hausschlachtungen und Säckestopfen bestens geeignet, zu haben
Druckerei Ph. Kleinböhl, Königstein i. T., Fernruf 44

Ämtliche Bekanntmachungen.

Der Verkehr mit folgenden Futtermitteln: Rüben, Kleie, Melasse, Schotten usw. ist in dem von der Rheinarmee besetzten Gebiete frei. Zur Ausführung aus dieser Zone ist die Genehmigung des Kommunalverbandes erforderlich, die von dem Administrator des Kreises zu bekräftigen ist.
Königstein, den 28. November 1919
Der Landrat: Jacobs.

Sämtliche rote Personalausweise sog. Carte d'identité müssen auf Anordnung der französl. Behörde mit einem Verkehrsstempel versehen sein. Zu diesem Zwecke sollen die Ausweise gesammelt und der Administration zur Abstempelung vorgelegt werden. Zur Vereinfachung des Verfahrens wird angeordnet:

1. Sämtliche rote Personalausweise sind haushaltungsweise zu sammeln und von einem Familienmitglied auf dem Rathaus Zimmer Nr. 1 (Wartezimmer) abzugeben, in gleicher Weise wird auch die Rückgabe der Ausweise vor sich gehen.
2. Für die Abgabe der Ausweise wird folgende Reihenfolge bestimmt: Buchstabe A—E am Dienstag, den 2. 12. 19 vorm. von 10—11 Uhr. Buchstabe M—S am Mittwoch, den 3. 12. 19 vorm. von 9—10 Uhr.
3. Die Rückgabe der Ausweise erfolgt in der Reihenfolge wie zu 2 und zwar an dem auf die Abgabe folgenden Tag nachmittags 3 Uhr auf dem Rathausaal.
4. Für diejenigen Personen, die außerhalb beschäftigt sind und ihre Karte d'identité täglich benötigen, wird die Abstempelung der Ausweise am Sonntag, den 7. 12. 19, vormittags von 9—10 Uhr vorgenommen.

Die Einwohner werden ersucht sich streng an der gegebenen Anweisung zu halten, damit die Einsammlung und Rückgabe der Ausweise ohne Verzögerung vor sich gehen kann.
Königstein, den 28. November 1919.
Der Bürgermeister. J. B.: Brühl.

Die Unternehmer land- und forstwirtschaftlicher Betriebe werden darauf hingewiesen, daß alle seit dem 1. Januar ds. J. oder früher in ihrem Betriebe eingetretenen Veränderungen infolge Wechsel in der Person des Unternehmers, Betriebsveränderungen, Betriebsverhinderungen, Vermehrung oder Verminderung des bewirtschafteten Grundbesitzes entstanden und noch nicht berücksichtigt sind, umgehend spätestens aber bis 2. Dezember auf dem hies. Rathaus, Zimmer 4, anzumelden sind.
Königstein i. T., den 29. November 1919.
Der Magistrat. J. B.: Brühl.

Mit Genehmigung des Herrn Administrateurs dürfen die Kaffertuben an den Wochentagen bis 7 Uhr abends und Samstags bis 8 Uhr abends geöffnet sein. Die Buchhandlung Strack ist täglich bis 7 Uhr abends geöffnet.
Königstein i. T., den 29. November 1919.
Der Bürgermeister. J. B.: Brühl.

Auszug

aus dem Protokollbuche der Stadtverordneten-Versammlung zu Königstein vom 27. November 1919, Seite 387—390 des Protokollbuches.

1. Einführung der neugewählten Stadtverordneten. Der Bürgermeister Jacobs begrüßte die Stadtverordneten und führte sie in ihr Amt ein indem er die Herren mittels Handschlag auf gewissenhafte Dienstführung im Interesse der Stadt verpflichtete.

2. Wahl des Stadtverordneten-Vorsitzers und des Protokollführers sowie je eines Stellvertreters. Den Vorsitz übernimmt sonach das älteste Mitglied der Versammlung Herr Eduard Stern und schritt man zur Wahl des Stadtverordneten-Vorsitzers. Die Wahl wird mittels Stimmzettel vorgenommen und erzielten Stimmen
Jakob Meßner 10, Dr. B. Mettenheimer 8.
Herr Jakob Meßner ist somit zum Stadtverordneten-Vorsitzer gewählt.

Bei der mit Stimmzettel vorgenommenen Wahl des Stellvertreters erhielt Herr Justizrat Dr. Mettenheimer 18 Stimmen, welcher somit einstimmig zum Stellvertreter gewählt ist.

Als Schriftführer erhielt Stadtschreiber Altmann 18 Stimmen, als Stellvertreter erhalten Anton Klein 15 Stimmen, W. G. Krieger 2 Stimmen, ungültig 1 Stimme. Altmann und Klein sind somit als Schriftführer bzw. Stellvertreter gewählt.

3. Wahl eines Ausschusses zur Vorbereitung der Wahlen des Magistrats und der städt. Kommissionen. Nach dem Vorschlag des Herrn Dr. Abel soll eine Kommission aus 6 Mitgliedern nach Maßgabe der Stärke der Parteien gewählt werden und zwar Zentrum 3 Mitglieder, Wandwerker 0 Mitglied, Demokraten 1 Mitglied, Sozialdemokraten 2 Mitglieder. Durch Zufall wurden gewählt: a) Zentrum Dr. Schmitt, J. Sittig, J. M. Schwager, b) Sozialdemokraten Dr. Kurt Abel, Jakob Krotz Sr., c) Demokraten W. G. Krieger.

4. Herr Dr. Schmitt beantragt: 1. daß die Einladung zu den Sitzungen mindestens 5 Tage vor der Sitzung erfolgt, 2. daß die Einladung auch in der Presse erfolgt, 3. daß in der Presse die Sitzungsberichte veröffentlicht werden. Die Versammlung beschließt: 1. daß § 5 Absatz 1 der Geschäftsordnung dahin abgeändert wird, daß statt 2 Tage wenigstens 4 Tage vor der Sitzung die Einladung den Mitgliedern zugeht, 2. Die Einladung in der Taunuszeitung ist durch die Geschäftsordnung geregelt. 3. Das Protokoll soll in der Taunuszeitung veröffentlicht werden.

Wird veröffentlicht.

Königstein i. T., den 29. November 1919.

Der Magistrat. J. B.: Brühl.

Für die anlässlich unserer VERMÄHLUNG erwiesenen Aufmerksamkeiten, besonders der Marianischen Kongregation sowie dem Gesangsverein „Liederkrantz“ für ihre schönen Gesänge danken herzlichst

Heinrich Thorisch u. Frau Lena geb. Börner.
Kelkheim i. T., 30. November 1919.

Todes-Anzeige.

Heute früh verschied sanft nach längerem mit grosser Geduld ertragenem Leiden meine innigstgeliebte Frau, unsere gute Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Helene Schrödter,
geb. Günther

im 53. Lebensjahre, wovon wir Verwandten, Freunden und Bekannten tiefbetrübt Mitteilung machen.

Königstein, den 30. November 1919.

In tiefer Trauer:

Heinrich Schrödter und Kinder.

Die Beerdigung findet statt am Dienstag, den 2. Dezember, nachmittags 1/3 Uhr, vom Krankenhause aus.

Zum sofortigen Eintritt jüngere, männliche

Bürokräft

(für Registraturdienst) gesucht.

Angebote mit Lebenslauf, Zeugnissen und Gehaltsansprüchen an Kreisamtschub Königstein.

10 bis 15 Gartenarbeiter (Winterarbeit) gesucht.

Zu melden:

Villa Hahn, Rombergweg, Königstein.

Tüchtiger

Maschinenarbeiter

der auch mit der Fräsmaschine vertraut ist, gegen hohen Lohn und dauernde Beschäftigung gesucht.

Schardt & Co., G. m. b. H., Möbelabrik, Kelkheim i. T.

Konsum-Berein f. Höchst a. M. u. Umg.

c. G. m. b. H. Höchst a. M.

Wir haben noch einen großen Vorrat

schwerer Winterjoppen

in allen Größen zum Preise von M. 50.— pro Stück zur Verfügung. Bestellungen werden in allen Warenabgabestellen entgegengenommen.

Das vorzügliche, beliebte

O-H-Brot

ganzer Laib Mk. 1.—

wird nach bewährtem Verfahren hergestellt und ist von vortrefflicher Qualität. O-H-Brot vereint Wohlgeschmack und Bekömmlichkeit und ist wegen seiner Vorzüge, wie Güte und Nährwert, besonders beliebt.

Nur erhältlich bei

Schade & Füllgrabe

Königstein im Taunus,
Hauptstrasse 35 :: Fernsprecher 86.

Junges Huhn

schwarzes Huhn
abhanden gekommen.
Wiederbringer erhält Belohnung.
Grönke, Hauptstr., Königst.

Junges raffineres
Wolfschund
zu verkaufen
Hauptstrasse 39, Königstein.

Transport Hannoveraner
Ferkel u. Läufer
eingetroffen.

Eng. Gelbert, Niederhofheim.

Gutes Laupferd
zu verkaufen
Rübsamen & Co.,
Biegelwerke, Eichborn.

Höhrer
Steinzeug
in allen Größen
Krautkänder,
Marmeladetöpfe,
Rex-Form-Gläser,
1/2, 3/4, 1 und 1 1/2 Liter
Geleegläser
Marmeladegläser
mit Schraubdeckel,
1/2 und 1 Liter
Glasteller
„Diamant“
Blumenvasen

Gg. Kreiner,
Hauptstrasse 23, Königstein.

Unser WAND-
Kalender
für 1920
ist aufgezogen und unaufgezogen
zu haben in der
Druckerei Kleinböhl,
Königstein im Taunus.
Fernsprecher 44. Hauptstrasse 41

Er verzeichnet die wichtigsten
neuen Postgebühren, Stempel-
gebühren, Zins-Berechnung,
bisher unsere Gegen wichtig-
sten Märkte und Messen und
neben dem vollständigen außerst
klar und leserlich gedruckten
Kalendartum reichlich Raum
für einzuzeichnende Notizen.

Offeriere preiswert:

Französischer Cognac
„Original“ erster Firmen
Cognac-Verschnitt
38/40 %

Jamaica-Rum-Verschnitt
45 %

Deutscher Weinbrand
Samos, Bordeaux
Weiss- und Rotweine

R. Mies, Bad Soden a. T.,
Telephon 6.

Schönes Weihnachtsgeschenk:
Ital. Mando line
preiswert zu verkaufen.
Näheres nachm. nach 6 Uhr
Pöngelstr. 11, Königstein.

Guter-
haltenes Klavier
zu kaufen gesucht.
R. Degenhardt, Cronberg.

Piano oder Flügel
gegen gute Bezahlung
zu kaufen gesucht. Ange-
bote u. 287 an d. Geschäftsst.

1 Küchenherd
zu mieten gesucht.
Angebote an Kaffee Kreiner,
Königstein.

Vollständiges, gut erhaltenes
Bett zu kaufen
gesucht.
Angebote unter J. W. 50
an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Eine gebr. Kommode
sowie ein email. Herdschiff
(14x31) zu verkaufen
Hornau, Gartenstraße 3.

Gebrauchte
Gummimäntel
zu verkaufen
Villmer,
Eichgasse 8, Königstein i. T.

Ein Mantel
für junge Mädchen, guter
Stoff, sehr gut erhalten,
zu verkaufen.
Zu erfragen i. d. Geschäftsst.

Der neue
Posttarif,
gültig vom 1. Oktober 1919 ab,
auf Karten gedruckt, bequem
aufzuhängen ist noch zu haben
in der
Druckerei Ph. Kleinböhl,
Königstein im Taunus,
Hauptstrasse 41, Fernruf 44.